

Landesamt für Gesundheit und Soziales

Referat II B
Turmstr. 21, Haus A,
10559 Berlin

Antrag auf Nachzahlung der Kapitalentschädigung nach § 17 Abs. 5 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG)

(Bitte füllen Sie diesen Antrag vollständig aus und senden Sie diesen an das
Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin, Postfach 310 929, 10639 Berlin)

Name:

Vorname:

Geburtsname/früherer Name:

Geburtsdatum:

Geburtsort:

Hauptwohnsitz zum Zeitpunkt der Antragstellung

Postleitzahl/ Ort:

Straße/ Hausnummer:

Sollte sich Ihr Wohnsitz nach Erhalt der bereits gewährten Kapitalentschädigung
geändert haben, fügen Sie bitte diesem Antrag eine **aktuelle Meldebescheinigung**
bei.

Ich beantrage als

Betroffener

Erbe/Erbin des am
(Erbnachweis ist beizufügen)

verstorbenen

Bankverbindung

Name des Kontoinhabers:

Geldinstitut:

IBAN

Die Kapitalentschädigung nach § 17 Abs. 1 StrRehaG in der bis zum 31. Dezember 1999 geltenden Fassung habe ich vom Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin/Landesamt für Zentrale Soziale Aufgaben Berlin/andere Behörde

Az.: mit Bescheid vom unter erhalten.

Die Kapitalentschädigung habe ich erhalten aufgrund

einer Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz (HHG)
Diese Bescheinigung ist mit diesem Antrag im Original einzureichen.
Hiermit versichere ich, dass mein Hauptwohnsitz in Berlin ist.

eines Beschlusses des Landgerichts Berlin über die strafrechtliche
Rehabilitierung

Ich versichere, dass ich zu keinem Zeitpunkt bei einer anderen Behörde einen Antrag auf Nachzahlung der Kapitalentschädigung gestellt habe.

Mit ist bekannt, dass falsche Angaben eine strafrechtliche Verfolgung nach sich ziehen können.

Ort, Datum

Unterschrift

(Sollten Sie von einer bevollmächtigten Personen vertreten werden, ist mit diesem Antrag eine Vollmacht einzureichen.)

Datenschutzerklärung

Im Rahmen Ihres Antrags auf Rehabilitierung werden im Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) Ihre Stammdaten (Name, Geschlecht, Geburtsdatum, Anschrift (ab dem 18. Lebensjahr)), das zu Ihrem Fall gehörende Aktenzeichen und eine Information zum Vorliegen von Ausschließungsgründen in einer Datenbank elektronisch gespeichert.

Die Datenbank wird zur Registratur der Antragsvorgänge, zur Erstellung der Statistik, zur Erstellung von Schreiben und zum Abgleich des Vorliegens von Ausschließungsgründen innerhalb der verschiedenen Rehabilitierungsverfahren geführt.

Die Daten haben Sie uns entweder selbst mitgeteilt oder wir haben sie von der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR übermittelt bekommen.

Rechtsgrundlagen für diese Datenverarbeitung sind:

- § 25a Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG)
- § 19 Berufliches Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG),
- § 11 Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG)
- § 21 I Nr. 1, Nr. 7d Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG)

Außerdem besteht die Möglichkeit, dass Sie uns die Einwilligung dazu geben, auf der Grundlage Ihrer Stammdaten, Nachweise bei anderen Institutionen, die Unterlagen zu Ihrer Person aus der Zeit der ehemaligen DDR besitzen, zu ermitteln. Diese Einwilligung ist dann die Rechtsgrundlage für die Übermittlung Ihrer Stammdaten an eine solche Stelle.

Eine weitere Übermittlung oder Offenlegung der Daten erfolgt nicht.

Einblick in die Datenbank haben nur die zuständigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Rehabilitierungsbehörde. Nur im Falle eines gerichtlichen Verfahrens erhalten auch die für die Prozessführung zuständigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des LAGeSo Zugriff auf die Datenbank.

Die Datensätze in der Datenbank können aufgrund der Möglichkeit eines wiederholten Antrags auch z.B. durch Erben nach Wegfall der gesetzlichen Antragsfrist nicht gelöscht werden. Es werden behördliche Dokumentationspflichten bis zum Jahr 2080 – gemessen an der Lebenszeit potenzieller Antragsteller – prognostiziert.

Ihre Daten sind jedoch durch die technischen und organisatorischen Maßnahmen des Landes Berlin und des LAGeSo umfassend geschützt.

Sollten Sie ein Anliegen zum Datenschutz haben, können Sie sich als Verantwortlichen an den Leiter des Referats II B im LAGeSo (Telefonnummer: 030 – 90229/3416 Mailadresse: SED.UnBerG@lageso.Berlin.de, Dienstgebäude: Turmstraße 21 – Haus A, 10559 Berlin) oder an die Datenschutzbeauftragte (LAGeSo - ZSL DSB, Tel.: 030-90229-1209, Mail: datenschutz@lageso.berlin.de) wenden.

Zum Schluss möchten wir Sie noch auf Ihre datenschutzrechtlichen Rechte hinweisen. Jede von der Verarbeitung personenbezogener Daten betroffene Person hat nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen der europäischen Datenschutzgrundverordnung folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person verarbeiteten Daten.
- Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten zu Ihrer Person.
- Recht auf Löschung nicht (mehr) benötigter Daten zu Ihrer Person.
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung der Daten zu Ihrer Person.
- Recht auf jederzeitigen Widerspruch gegen die Datenverarbeitung.
- Recht auf Ausschluss einer ausschließlich automatisierten Entscheidung.
- Recht jederzeit die Behörde der/des Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit anzurufen.